

Der traurige Prophet

Star-Ökonom Dani Rodrik hat schon früh gewarnt, es mit der Globalisierung nicht zu übertreiben. Heute fühlt er sich bestätigt. *Von Winand von Petersdorff*

Das intellektuelle Programm des großen Ökonomen Dani Rodrik lässt sich zu drei Sätzen verdichten: Jeder Jeck ist anders. Alles kann man nicht haben. Man kann's auch übertreiben. So klingen Binsenweisheiten. Sie sind es aber nicht. Denn Rodrik hat sie in seinen eigenen Worten jeweils in Opposition zur herrschenden Lehre der Ökonomenzunft formuliert.

„Jeder Jeck ist anders“ besagt in der Rodrikschen Diktion: Es gibt viele Wege zum Wachstum. Damit attackierte der Harvard-Professor den sogenannten „Washington Consensus“. Das war ein informelles, von Ökonomen im Internationalen Währungsfonds, in der Weltbank und im amerikanischen Finanzministerium formuliertes Rezept, mit dem armen Ländern auf die Beine geholfen werden sollte. Zutaten waren die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Eliminierung von Subventionen, die Zulassung von Importen und ausländischen Investoren ohne große Zollbarrieren und eine generelle Deregulierung.

Rodrik wandte sich früh gegen eine schematische Anwendung dieser marktorientierten Agenda. Das stempelte ihn zum linken Ökonomen, der allerdings für sich beanspruchen konnte, dass seine Erkenntnisse auf Empirie beruhten. Er untersuchte zum Beispiel, wie sich Länder wirtschaftlich geschlagen haben, die entgegen der herrschenden Empfehlung Importe schwer oder unmöglich machten. Sein Resultat war, dass es vielen Ländern eine Zeitlang gut damit ging, darunter seinem Heimatland, der Türkei.

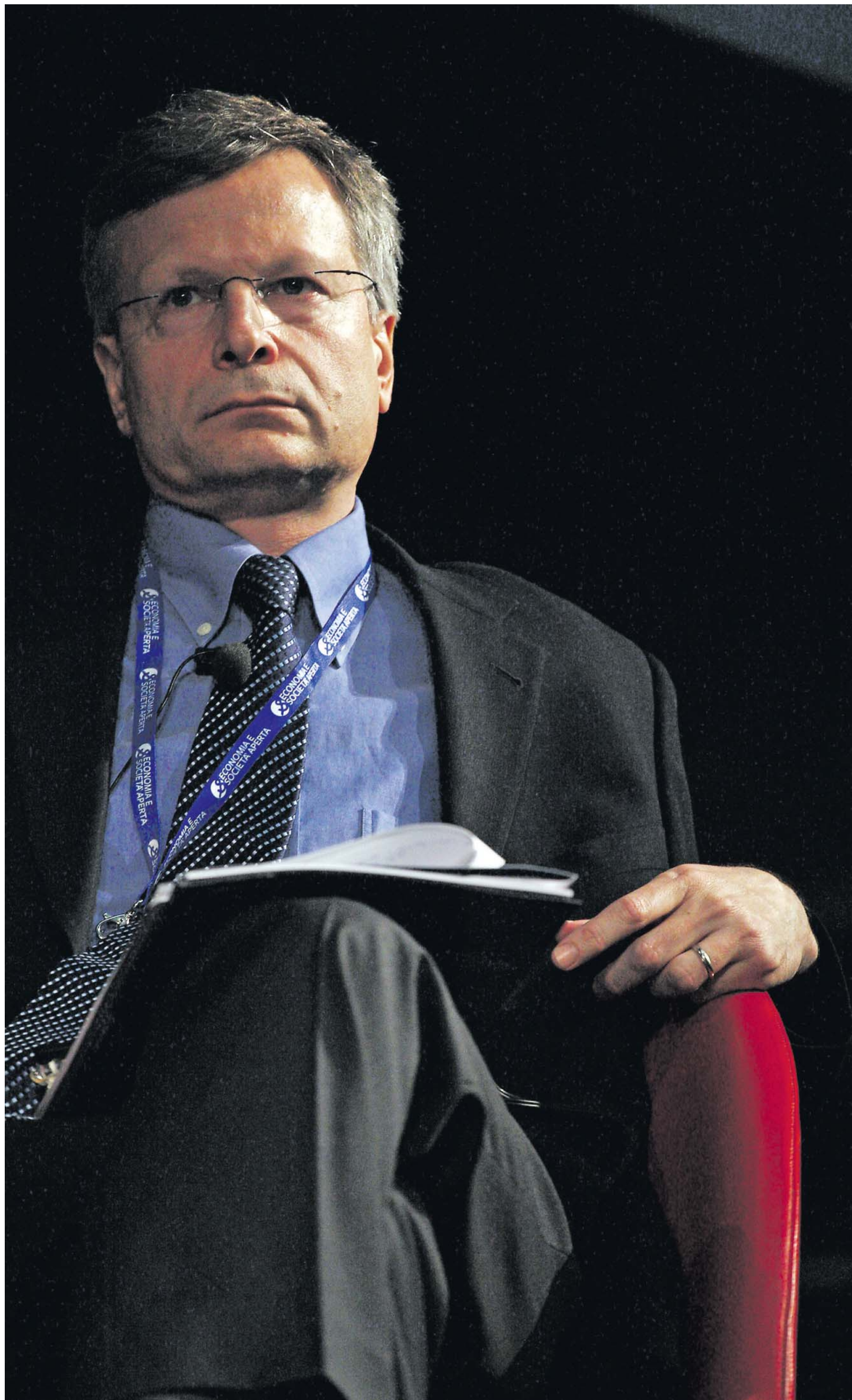
Gelegentlich sagt Rodrik, er selbst sei ein Produkt des Protektionismus, präziser der Importsubstitution. Wie viele andere Länder erhob die Türkei in den siebziger Jahren hohe Zölle, um Importe fernzuhalten und die eigene Industrie zu behüten. Dazu zählte auch die Kugelschreiber-Fabrik, an der Rodriks Vater, ein Selfmademan, beteiligt war. Sie lief so gut, dass Dani Rodrik sich den Gedanken erlauben konnte, in Amerika zu studieren. Er landete in Harvard, studierte im Hauptfach Politik und im Nebenfach, gestupst vom Vater, Ökonomie. Später wurde er in Ökonomie an der Princeton-Universität promoviert, um danach Professor an der Harvard-Universität zu werden. Sein in der Türkei lebender Bruder hält heute noch Anteile an der Firma, die inzwischen auch auf asiatische Importe baut.

„Alles kann man nicht haben“ lautet der zweite Grundsatz. Er lässt sich auf eine der bekanntesten Ideen Rodriks beziehen, auf das Globalisierungs-Trilemma: Danach kann ein Land nicht gleichzeitig die Früchte der Demokratie, der nationalen Souveränität und der globalen ökonomischen Integration genießen. Länder können höchstens zwei der drei Ziele erreichen. Wer die Integration seines Landes in globale Wertschöpfungsketten wünscht, der muss dafür entweder nationale Souveränität oder die Demokratie preisgeben. Denn die Globalisierung verlangt die Harmonisierung von nationalen Gesetzen und Regulierungen und schleift nationale Besonderheiten, gewöhnlich gegen den Willen des Volkes. Die Regierung missachtet entweder den Missmut der Bürger unter Verletzung der Demokratie. Oder sie willigt in die Übertragung von Souveränitätsrechten an supranationale Gremien ein und büßt damit nationale Selbständigkeit ein.

Die Entwicklung der Europäischen Union ist für Rodrik ein Beispiel für die Wirkung des Trilemmas. Er sieht sie jetzt am Scheideweg zwischen stärkerer politischer Integration und ökonomischer Desintegration. Er hätte sich ein stärkeres Zusammenrücken der Europäer gewünscht, erwartet nun aber ein Auseinanderdriften, an dessen Ende die Aufgabe der gemeinsamen Währung stehen könnte. Rodrik sagt das mit Traurigkeit. Denn für eine kurze Zeit schien ihm, dem linken Ökonomen, Europa jenes Paradies sein zu können, das Hyperglobalisierung und Demokratie versöhnte.

Rodrik lässt keinen Zweifel daran, wem er Schuld am Scheitern Europas gibt: Kanzlerin Angela Merkel und der deutschen Regierung, die die Euro-Krise nicht als Gemeinschaftsaufgabe angepackt, sondern als Verfehlung der Südländer moralisch verurteilt hätten, die dafür mit drakonischen, krisenverschärfenden Austeritätsprogrammen bestraft wurden.

Mit dieser Moralisierung eines ökonomischen Problems habe Merkel die politische Integration und die Demokratisierung Europas beendet, schreibt Rodrik zornig in seinen Blog. Als hätte man ihn



Dani Rodrik, 1957 als Kind türkischer Juden in Istanbul geboren, lehrt heute Ökonomie an der Universität Harvard in Cambridge/Massachusetts.

Foto: Getty

selbst aus dem Paradies vertrieben. Der schlanke grauhaarige Mann, der so zurückhaltend und in gemäßigter Tonlage spricht, kann mit ungnädiger Schärfe formulieren.

Mit seiner proeuropäischen Haltung liegt Rodrik seltsam quer zur eigenen Präferenz, die im Trilemma doch eher dem Nationalstaat und der Demokratie gilt als der Globalisierung. Man kann es auch übertreiben mit dem internationalen Handel, lautet in diesem Zusammenhang die Auflösung des dritten Satzes

aus dem Rodrikschen Repertoire. Die Warnung hat er schon in den neunziger Jahren ausgesprochen, als andere, trunken vom Zusammenbruch des Ostblocks, das Ende der Geschichte und den ewigen Sieg des Kapitalismus herbeifaselten. Die Mahnung machte Rodrik damals zu einer Randfigur seiner Zunft. Er blieb wegen seiner akademischen Leistungen respektiert, aber galt als irgendwie unzeitgemäß. Sein vor zwanzig Jahren veröffentlichtes Buch stellte schon im Titel ausgerechnet die Frage, ob die

Globalisierung zu weit gegangen sei. Er beschrieb darin den Wahlkampf eines damals prominenten Republikaners namens Pat Buchanan in den Vereinigten Staaten. Buchanan versprach seinen Wählern ökonomischen Nationalismus, die Errichtung von Zollschranken und eine Verschärfung des Immigrationsrechts. Buchanan gewann damit Vorwahlen in mehreren Bundesstaaten, bevor er sich geschlagen geben musste.

Für Rodrik zeigte der Achtungserfolg Buchanans schon damals, dass es eine

Kluft gibt zwischen der rosigen Betrachtung der Globalisierung durch Ökonomen und dem Bauchgefühl der ganz normalen Leute, das ihnen befahl, der Globalisierung Widerstand zu leisten. Zwanzig Jahre später ist Donald Trump, der die Globalisierungsprobleme mit einem Vorschlaghammer beheben will, Präsident der Vereinigten Staaten. Rodrik darf sagen, er habe es kommen sehen.

Sein Ärger richtet sich gegen die Eliten generell und gegen seine Kollegen Wirtschaftswissenschaftler speziell. Sie hätten ein Bild von der Vorteilhaftigkeit des Freihandels gezeichnet, das mit der Wirklichkeit nicht zu vereinbaren sei. Denn in der Praxis produziere der Freihandel zwar größere Gewinne als Verluste. Doch der häufig verwendete Spruch der Freunde des Freihandels, dass die Verlierer zu entschädigen oder zu stützen seien, ist für Rodrik ein weitgehend folgenloses Lippenbekenntnis. Ökonomen hätten ihr Publikum hinter das Licht geführt, findet Rodrik. Sie überzeichneten die Gewinne der Globalisierung bis heute und marginalisierten die Verluste.

Der Harvard-Ökonom vermutet dahinter keine Korruption, sondern den Versuch vieler Ökonomen, die Kronjuwelen der Wirtschaftswissenschaften zu bewahren, den Lehrsatz: Freihandel ist gut. Die dahinter stehende Theorie der komparativen Kostenvorteile geht auf David Ricardo und Adam Smith zurück. Länder spezialisieren sich und handeln ihre Güter untereinander. Beiden ergeht es mit Handel besser, als wenn sie alles selbst produzierten. Die Idee des Freihandels bleibt ein bestechender Gedanke, den auch Rodrik überzeugend findet. Nur, in der Realität haben Millionen Amerikaner ohne Highschool-Abschluss lausige Jahre hinter sich und vor sich. Die Kluft zu den besser Ausgebildeten vergrößert sich als Folge der Globalisierung.

Ein weiterer zentraler Gedanke in Rodriks Handelskritik ist, dass bestimmte Formen der Importkonkurrenz die sozialen Normen in einem Land unterminieren. Wenn Länder Güter günstig exportieren können, weil sie ihre Arbeiter zu schlechtbezahlten 14-Stunden-Schichten in baufälligen Fabriken verdammen, dann sollten sich die Importländer zur Wehr setzen können. Rodrik plädiert für eine neue Form der Globalisierung, die „Fair Trade“ zum Prinzip macht und Länder ihre eigenständigen Wege zum Wohlstand verfolgen lässt. In diesem Szenario sollten China, Russland oder Saudi-Arabien, die Bürgerrechte notorisch verletzen, nicht die gleichen Rechte im Weltmarkt haben wie Demokratien.

Zwischen den Zeilen kommt in Rodriks Blog und in seinen Kolumnen seit einiger Zeit wachsende Desillusionierung durch. Die Schärfe nimmt zu. Man muss kein Psychologe sein, um diese Veränderung auf dramatische Ereignisse im Leben von Dani Rodriks Familie zurückzuführen. Rodrik ist mit der türkischen Ökonomin Pinar Dogan verheiratet. Anfang 2010 erreichten Meldungen das Ehepaar, in der Türkei seien brisante Dokumente aufgetaucht, die einen geplanten Militärputsch gegen die Regierung belegten. Als Drahtzieher wurde General Cetin Dogan genannt, Dani Rodriks Schwiegervater.

In jahrelanger detektivischer Kleinarbeit machte sich das Paar daran, die Unschuld des Generals zu beweisen. Sie fanden heraus, dass zahlreiche Dokumente gefälscht waren. Das belegte den Verdacht, Parteigänger islamistischer Bewegungen hatten den Putsch fingiert, um das säkulare Militär zu diskreditieren. Trotz der erdrückenden Beweislage wurden der General und viele vermeintliche Putschisten 2012 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Sie kamen erst frei, als das Bündnis der islamistischen Bewegungen Risse bekam und sich die Anhänger des heutigen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan mit den Anhängern von Fethullah Gülen überwarfen. Im Zuge dieses Konflikts wurden die Prozesse wieder aufgerollt, die von Rodrik und seiner Frau präsentierte Beweise fanden plötzlich Berücksichtigung und die zu Unrecht verurteilten kamen frei.

Rodrik nimmt es alten Freunden und den Journalisten übel, dass sie in jener Zeit kaum ein Ohr für ihn hatten. Sie misstrauten sogar seinem Engagement. Er findet, dass die westlichen Eliten und ihre Medien die schleichende Aushöhlung der Demokratie in der Türkei geflissentlich übersehen oder verharmlost haben. Rodrik misstraut jetzt den klassischen Medien – da ist er auf verblüffende Weise den Anhängern von Donald Trump ähnlich.